

Zur Dynamik der Erwerbsarbeit

Die Erwerbsarbeit hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert. Sie generiert Arbeitsplätze, Einkommen und Selbstwert, sie integriert gut die Hälfte der Bevölkerung in entlohnte Arbeitsverhältnisse. Das ist beachtlich. Aber mit der Verteilung hapert es. Die einen haben viel Arbeit und hohe Einkommen, andere wenig Arbeit und niedrige Einkommen. Mit der einseitigen Abhängigkeit von rigoros liberalisierten Arbeitsmärkten verbreiten sich neue Unsicherheiten. Gesundheitliche Folgen zeugen davon. Die Prekarisierung und Flexibilisierung prägen die aktuelle Dynamik der Erwerbsarbeit.

Zu Beginn der 1970er Jahre registrierte die Schweiz, kurz vor dem Ende der fordistischen Prosperität, rund hundert Arbeitslose. Vollbeschäftigung schien selbstverständlich zu sein. Die Schweiz importierte massenweise Arbeitskräfte aus dem Süden. Das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er Jahre. Die verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten veranlasste vor allem grosse Unternehmen, die Produktion stark zu rationalisieren, um die Produktivität und Gewinne weiter zu erhöhen. Tausende von Werkträgern verloren ihre Anstellungen. Strukturelle Arbeitslosigkeit verbreitete sich trotz steigenden Reichtums.

Seit Ende der 1980er Jahre verstärken sich Prozesse der Deregulierung und Liberalisierung. Sie lassen die Finanzmärkte expandieren. Während zuvor die Finanzinstitute der Realwirtschaft dienten, ist es mittlerweile umgekehrt: Das finanzkapitalistische Regime dominiert die Realwirtschaft. Es legitimiert auch die zunehmende Kluft bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen. Das Kapital scheint viel wichtiger zu sein als die Arbeit. Was zählt, sind die rasche Verwertung des Kapitals und hohe Profite. Seit dem Aufbrechen der Berliner Mauer und des West-Ost-Gegensatzes drängt das Kapital offensiv dorthin, wo es sich optimal vermehren lässt. Ein finanzkapitalistisches Verständnis überlagert das politisch liberale, das Kapital und Arbeit immerhin noch als gleichwertig betrachtete. Wir skizzieren hier aktuelle Trends, die sich in der Erwerbsarbeit vollziehen, und diskutieren, was dahinter steckt.

Trends im Überblick

Heute arbeiten in der Schweiz rund drei Millionen Personen Vollzeit. Hinzu kommen noch einmal halb so viele, die teilzeiterwerbstätig

sind. Sie haben in den letzten dreissig Jahren von rund einem Viertel auf ein Drittel zugenommen (BFS 2012/BFS 2013). Unter ihnen sind Frauen besonders häufig vertreten; fast drei Fünftel von ihnen leisten Teilzeitarbeit. Immer mehr Erwerbstätige verrichten eine Arbeit, die nur sehr beschränkt ihren Qualifikationen entspricht. Das gilt auch für viele, die eine Hochschule abschliessen.

Atypische Beschäftigungsformen verbreiten sich vor allem unter Jugendlichen. Ein Drittel aller temporär Arbeitenden in der Schweiz sind unter 26 Jahren alt. Diese Altersklasse stellt einen Zehntel aller Erwerbstätigen. Mindestens ein Zehntel der Erwerbstätigen gilt als prekär beschäftigt (Seco 2010). Und die prekäre Arbeit steigt weiter an. Hinzu kommen vermehrte Schichtarbeit sowie längere Arbeitszeiten in Supermärkten und verschiedenen Dienstleistungseinrichtungen. Darunter leiden die Gesundheit und das soziale Leben vieler Arbeitnehmenden. Betriebe weiten ihre Arbeitszeiten oft aus, ohne die Arbeitsstellen zu erhöhen. Damit verschärfen sie den Arbeitsdruck und die Konkurrenz.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarkts erhöht in der Schweiz – nebst der Erwerbslosigkeit – die Temporär- und Teilzeitarbeit sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Auf die Erwerbslosigkeit reagieren die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sowie die Sozialhilfe. Jährlich kommen etwa zehn Prozent der 16- bis 64-Jährigen mit der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe in Kontakt (Streckeisen 2012:56). Diese Einrichtungen wurden seit Mitte der 1990er Jahre sukzessive transformiert. Die Veränderungen beinhalteten einen Abbau wichtiger Leistungen.

Erwerbslosigkeit

Mit der rigorosen Marktöffnung stieg in den 1990er Jahren die Erwerbslosigkeit auch in der Schweiz an. Ein Schub folgte nach 2008 im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise. So kam das Bundesamt für Statistik aufgrund telefonischer Befragungen schon im Jahr 2008 auf über vier Prozent Erwerbslose, während die Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen (RAV) erst 2,6 Prozent auswiesen. Seither nehmen sowohl die Kurzarbeit als auch die Langzeitarbeitslosigkeit zu, die nach dem Verkürzen der Bezugsdauer von Leistungen vorübergehend etwas zurückging. Ältere Stellensuchende haben gegenüber jüngeren Arbeitnehmenden ein höheres Risiko, lange arbeitslos oder gar ausgesteuert zu werden. Neue Stellen sind oft mit einem sozialen Abstieg und einem Berufswechsel verbunden. Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verringerte speziell die Leistungen für Jugendliche (Streckeisen 2012:52).

Ausgesteuerte sind für den Lebensunterhalt stark vom sozialen Umfeld abhängig. Über zwei Fünftel erhalten Sozialhilfe oder eine Invalidenrente. Nur knapp die Hälfte findet wieder eine Stelle. Die erfolgreiche Stellensuche ist oft mit einer Verschlechterung der Arbeitsplatzsituation und Erhöhung der Arbeitsbelastung verbunden. Neue Stellen ergeben sich mehr durch eigene Initiative und über Bekannte denn über Stellenvermittlung und enge Freunde. Die Zahl von Personen, die weniger als 90 Prozent beschäftigt sind und mehr arbeiten möchten, steigt seit 1991 konstant an. Frauen sind stärker betroffen. Mit dem Ändern der Erhebungsmethode schien die Zahl zeitweilig etwas zu sinken. Offiziell stieg sie von 192'000 Personen (1991) auf 275'000 Personen (2008). Nach der alten Berechnungsmethode wären es sogar 450'000 Personen (Streckeisen 2012:54).

Erwerbslosenquote 2012

Die Erwerbslosenquote beträgt im Jahr 2012 gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 4,2 Prozent. Bei den Männern sind es 4,1 Prozent, bei den Frauen 4,4 Prozent. Die Quote sinkt mit zunehmendem Alter. Sie beläuft sich bei den unter 25-Jährigen auf 8,3 Prozent, bei den 25- bis 39-Jährigen reduziert sie sich auf 4,5 Prozent und bei den 40- bis 64-Jährigen auf 3,4 Prozent. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind zwischen 25 und 54 Jahre alt. Der Anteil der jüngeren Arbeitslosen macht einen Viertel aus, jener der älteren (zwischen 55 und 64 Jahren) einen Zehntel (SAKE 2012).

Das Ausbildungsniveau hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitslosenquote. Sie ist bei den Erwerbsfähigen ohne postobligatorische Ausbildung mindestens doppelt so hoch wie bei jenen mit einem Abschluss auf der Tertiärstufe. Ein weiterer Faktor ist die Migration. Von den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund sind 3,1 Prozent arbeitslos, bei jenen mit Migrationshintergrund 8,1 Prozent. Hinzu kommen regionale Unterschiede. In der Zentralschweiz liegt die Arbeitslosenquote bei 2,4 Prozent, im Tessin bei 7,3 Prozent (SAKE 2012).

Die Wahrscheinlichkeit, wieder eine Beschäftigung zu finden, ist ebenfalls sehr verschieden. Zu den Langzeitarbeitslosen gehört, wer zwölf Monate oder länger keine Anstellung findet. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen beträgt 35 Prozent. Wenn wir die ausgesteuerten Sozialhilfeabhängigen einbeziehen, dann erhöht sich die Quote noch mehr. Bei Langzeitarbeitslosen ohne Migrationshintergrund macht der Anteil offiziell 32 Prozent aus, bei jenen mit Migrationshintergrund 37 Prozent, bei den Frauen mit Migrationshintergrund sogar 43 Prozent.

Teilzeitliche- und temporäre Arbeit

Die Bedeutung der Teilzeitarbeit nimmt laut BFS (2013) seit Jahren zu. 2010 waren rund 34 Prozent der Arbeitnehmenden teilzeitlich erwerbstätig. Von 12 Prozent im Jahr 1970 stiegen die Quoten auf 25,4 Prozent (1991) und 33,2 Prozent (2008). Rund 57 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit, bei Männern sind es nur 13 Prozent. Unter ausländischen Arbeitskräften ist Teilzeitarbeit weniger verbreitet. Der Anteil der temporären Arbeit – häufig auch als Leiharbeit bezeichnet – steigerte sich ebenfalls; offiziell von 0,5 Prozent (1995) auf 2,5 Prozent (2011). Die temporäre Arbeit nahm vor allem mit der 2005 in Kraft gesetzten Personenfreizügigkeit deutlich zu (Lampart 2011a). Nach Streckeisen erhöhte sich der Anteil im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise sogar auf sechs Prozent der Beschäftigten. Zwei Drittel der temporär Arbeitenden wollen eine feste Anstellung und mehr Sicherheit in der Beschäftigung. Die temporäre Arbeit hilft jedoch kaum, eine feste Anstellung zu finden.

Die temporär Beschäftigten dienen den Unternehmen dazu, die Zeiten erhöhter Arbeitskräfte-Nachfrage zu überbrücken, ohne dass sie feste Verbindlichkeiten wie die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung bei Auslaufen der Befristung eingehen müssen. Festangestellte stehen bezüglich Lohn, Sicherheit am Arbeitsplatz, Kündigungsschutz, Unfall- und Krankenversicherung sowie Aufstiegsmöglichkeiten besser da. Typische temporär Arbeitende sind jung, männlich, migriert und formal wenig ausgebildet. Die temporäre Arbeit kommt vor allem im sekundären Sektor vor, insbesondere im Baugewerbe. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist fraglich. Durch temporäre Arbeit gelingt es zwar, Produktionsspitzen zu bewältigen, wobei sich allerdings die Produktivität kaum erhöht. Kontrollen sind selten. Sie stellen in der Regel fest, dass über zehn Prozent der Anstellungen die üblichen Mindestlöhne unterschreiten. Die temporäre Arbeit ist vorwiegend bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 26 Jahren verbreitet. Ein Drittel aller temporär Arbeitenden sind Jugendliche und junge Erwachsene, die zehn Prozent aller Erwerbstätigen ausmachen.

Prekäre Beschäftigung

Die Prekarität bezieht sich auf die Instabilität und Fragilität von Arbeits- und Lebenslagen. Sie reagiert auf Verunsicherung gegenüber der Zukunft und bündelt Risiken, die zur Armut und zur Exklusion führen können. Thomas Huonker (2012) bezeichnet die Prekarität als Sammelname für all jene – meist jüngeren – Arbeitskräfte, die sich von einem schlecht bezahlten Praktikum zum anderen hangeln. Sie

arbeiten auf Abruf und besetzen Teilzeitstellen, die permanent anders verteilt, reduziert oder ganz abgeschafft werden können. Für viele Arbeitnehmende ist diese chronische Unsicherheit lebensprägend. Sie wird auch oft als Scheinselbstständigkeit getarnt. Es gibt jedenfalls eine wachsende Zahl von Beschäftigten, die, meist vom selben Arbeitgeber, nur noch temporär während einiger Monate angestellt werden. Und das über Jahre hinweg.

Prekäre Beschäftigung ist schwierig in Zahlen zu fassen. Mehrere Studien gehen in der Schweiz von einem Anteil der prekär Beschäftigten von zehn Prozent aus. Prekär sind Beschäftigungsverhältnisse, die sozial- und arbeitsrechtlich schlecht abgedeckt und niedrig entlohnt sind. Sie verunmöglichen eine längerfristige (Lebens-)Planung. Staatliche Interventionen in den Arbeitsmarkt und betriebliche Strategien der Flexibilisierung haben laut Gewerkschafter Alessandro Pelizzari (WOZ Nr. 33/2010) dazu geführt, Lohnarbeit wieder enger an kurzfristige unternehmerische Marktrisiken zu koppeln. Die prekäre Beschäftigung äussert sich branchenspezifisch. Als temporäre Arbeit kompensiert sie in der Exportindustrie diverse Auftragschwankungen. Im Baugewerbe unterläuft sie GAV-Bestimmungen. Im Dienstleistungssektor und im verarbeitenden Gewerbe senkt die Arbeit auf Abruf die Kosten. Staatliche Interventionen und Integrationsmassnahmen (z.B. das Reduzieren der Zumutbarkeitsregelungen zur Aufnahme einer Tätigkeit) tragen teilweise dazu bei, prekäre Verhältnisse der Beschäftigung zu legitimieren.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Personenfreizügigkeit verschärfen die Konkurrenz zwischen Arbeitnehmenden. Dieses Aufbrechen der Solidarität innerhalb der Belegschaft nutzen die Unternehmen für ihre Zwecke aus, indem sie die unterschiedlichen Interessen gegeneinander ausspielen. So können prekäre Beschäftigungsformen und -bedingungen für eine wachsende Zahl von Arbeitnehmenden zu einem Dauerzustand werden. Prekarität tritt besonders in Form von Arbeit auf Abruf und Heimarbeit ohne festgelegte Stundenzahl auf. Die prekären Arbeitsverhältnisse schüchtern Vollzeitbeschäftigte ein. Auch bei Schweizer Traditionsfirmen wie SBB, Post, Swiss (Swissair), Sulzer, Landis & Gyr gilt keine Arbeitsplatzsicherheit mehr (Huonker 2012).

Die Prekarität verweist auf zwei verschiedene Bedeutungen. Die erste ist der Mangel. Das Gefühl des Mangels bezieht sich auf das Nachlassen des Schutzes vor sozialen Risiken wie Armut und Arbeitslosigkeit. Die zweite Bedeutung verweist auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominante Formen der Herrschaft. Prekarität resultiert in der ersten Bedeutung aus dem Verlust sozialer Unterstützung. In der zweiten Bedeutung konstituiert sie sich aus einer gesellschaft-

lich zugeschriebenen Deklassierung. In dieser haben mannigfaltiges Leid und seelische Not ihren Ursprung. Dazu gehören der Verlust von Selbstvertrauen und das Gefühl von Nutzlosigkeit (Paugam 2000).

Arbeitnehmende sind in einer prekären Lage, wenn ihre Beschäftigung unsicher wird und sie ihre berufliche Zukunft kaum mehr überblicken können. Das ist der Fall bei Beschäftigten, die nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben, aber auch bei denjenigen, die permanent von Kündigung bedroht sind. Eine starke ökonomische Verwundbarkeit kennzeichnet diese Situation. Hinzu kommt eine partielle Einschränkung der sozialen Rechte, die zum grossen Teil mit einer festen Beschäftigung verbunden sind. Die Lage der Arbeitnehmenden ist ebenfalls prekär, wenn ihre Arbeit nicht von Belang, schlecht bezahlt und innerhalb des Unternehmens wenig anerkannt ist. Fehlende Wertschätzung schlägt sich im Gefühl nieder, mehr oder weniger unnütz zu sein. So verweist die Prekarität auf tief greifende Wandlungen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsorganisation, die Menschen mehr Flexibilität abverlangen.

Erwerbstätige Arme

Man kann eine Armut auch herbeistudieren. So oder ähnlich argumentiert, wer Armut tabuisiert oder wegdefiniert. Wer erwerbstätig und arm ist, gilt als Working Poor. Das Bundesamt für Statistik (BFS 2011) zählt jene Haushalte zu den ›werkstätigen Armen‹ (Working poor), die mit einer Erwerbstätigkeit von über 90 Prozent einen Lohn erhalten, der unter dem Ansatz der Sozialhilfe liegt. In der Schweiz beträgt dieser Ansatz gemäss SKOS für eine alleinstehende Person 986 Franken pro Monat. Dies nach Abzug der Ausgaben für Miete und Gesundheit. Die vom BFS angewandte Definition von Working Poor vernachlässigt mitbetroffene Kinder und Haushaltsangehörige sowie Alleinerziehende, die wegen ihren Betreuungsaufgaben weniger als 90 Prozent erwerbstätig sind. Werden sie einbezogen, verdoppelt sich die Zahl der Armen. Wie viele Arme es offiziell gibt, hängt ganz offensichtlich von der Definition ab.

Ein Grund für die hohe Zahl der Working Poor ist das weitgehende Stagnieren der Löhne seit 1988. Die OECD-Statistiken weisen zwar immer wieder aus, wie die Löhne nominell und durchschnittlich steigen. Aber das ist trügerisch. Wenn wir die freien verfügbaren Einkommen (nach Abzug der Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Mieten und Gesundheitskosten) anschauen, dann zeigt sich, dass die Löhne bei den untersten zehn Prozent seit den 1990er Jahren teilweise sogar zurückgegangen sind. Laut einer Gewerkschaftsstudie (Lampart 2011b) nehmen die Löhne im oberen Bereich der Lohnver-

teilung weiter zu. 400'000 Werktätige verdienen weniger als 20 Franken pro Stunde beziehungsweise 4000 im Monat. Zu den Working Poor gehören in der Schweiz je nach Erhebungsart sechs bis zwölf Prozent der Arbeitnehmenden. Betroffen sind vor allem Einzelternfamilien, kinderreiche Familien und Migrierte. Niedrige Löhne zahlen das Gastgewerbe, der Detailhandel sowie der (persönliche) Dienstleistungssektor (Streckeisen 2012:59).

Soziale Sicherung

Die soziale Sicherung der Schweiz gilt im internationalen Vergleich als relativ gut. Sie wurde über Jahrzehnte vor allem von gewerkschaftlichen, sozialistischen, christlichen und feministische Bewegungen erkämpft. Allerdings orientiert sie sich einseitig an der Erwerbsarbeit und an sogenannten Normalbiografien. Sie hält mit dem Wandel der Lebensformen nicht Schritt und vernachlässigt biografische Brüche sowie die zunehmende Zahl von Alleinlebenden und Alleinerziehenden. Trotz steigenden individuellen Reichtums sinkt auch die Bereitschaft, Mittel für die soziale Sicherung bereitzustellen. Die reiche Schweiz gibt seit dem Jahr 2004 weniger Anteile des Bruttoinlandproduktes für die soziale Sicherung aus. Die Sozialleistungsquote sank von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008). Und selbst im schwierigsten Jahr (2009) überstiegen die Einnahmen von 150 Milliarden Franken die Ausgaben in der Höhe von 133 Milliarden Franken. Seit 2010 steigen die Einnahmen erneut stärker als die Ausgaben. Das weist das Bundesamt für Sozialversicherung (2012) deutlich aus. Die soziale Sicherheit trägt sich selbst. Aktuelle Debatten erwecken jedoch den Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen, wie die Renten rentabel sind beziehungsweise ›rentieren‹ und über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze schaffen. Die mangelnde Bereitschaft, das System der sozialen Sicherung dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen und auszuweiten, führt jedenfalls dazu, dass wieder mehr Menschen ihre existenziellen Bedürfnisse kaum befriedigen können.

Deutlich zugenommen hat die Zahl der Personen, die auf die Invalidenversicherung oder Sozialhilfe angewiesen sind. Laut OECD beansprucht die Hälfte der Berechtigten keine Sozialhilfe. Mögliche Gründe sind die Rückzahlungs- beziehungsweise Unterstützungspflicht der Familien sowie lokalpolitische Kontrollen. Neue SKOS-Richtlinien regen ein System von Anreizen an, das Sanktionen verstärken und Leistungen senken kann. Bei der Invalidenversicherung zeichnet sich seit 1999 ein starker Anstieg der Renten ab. Dies vor

allem wegen psychischer Erkrankungen. Zwei Revisionen verschärften in den Jahren 2003 und 2007 die ›Rentenzusprechungspraxis‹. Ein ›Früherkennungssystem‹ greift stark in die private Sphäre ein, um potenzielle Invaliditätsfälle möglichst früh auszumachen. Rentenansprüche werden streng geprüft (Streckeisen 2012:66).

Bei der Arbeitslosenversicherung gilt seit der Revision von 1995 das Prinzip der Gegenleistung. Einerseits werden höhere Lohnanteile vergütet; andererseits verpflichten sich Leistungsbeziehende, sich regelmässig zu bewerben, Zwischenverdienste zu akzeptieren, jede »zumutbare Arbeit« anzunehmen und sich aktiv an Beschäftigungsprogrammen zu beteiligen. Hinzu kommen Bildungsmassnahmen. Dazu gehören diverse Kurse, berufliche Umschulungen, Weiterbildungen zur Eingliederung, Simulationen bei Übungsfirmen sowie ›Schnupperausbildungen‹, Ausbildungspraktika, Motivationssemester und berufliche Praktika. Zu den speziellen Anreizen zählen Einarbeitungs- und Ausbildungszuschüsse sowie das Unterstützen selbstständiger Erwerbstätigkeit. Die regionale Arbeitsvermittlung (RAV) registriert, berät, und kontrolliert. Sanktionen können zum Verlust von Taggeldern führen. Die Revisionen von 2003 und 2010 machen Zugeständnisse wieder rückgängig. So etwa beim Recht auf Weiterbildung, bei der erhöhten Bezugsdauer und beim Solidaritätsbeitrag von hohem Einkommen. Die Wirksamkeit der Anreize und des Systems der Sanktionen ist umstritten. Sozialtätige müssen gleichzeitig kontrollieren und beraten. Und wer Leistungen erhält, soll möglichst selbstverantwortlich handeln und sich doch ständig bürokratischen Kontrollen unterziehen.

Gesundheitlicher Stress

Wer keine oder eine schlecht bezahlte Arbeit hat, ist häufiger krank. Arbeitslosigkeit erhöht die Morbidität und Mortalität sowie den Bedarf an ärztlicher Versorgung. Das Risiko, schwer zu erkranken, vorzeitig zu sterben oder einen Unfall zu erleiden, ist für Arbeitslose in jeder Lebensphase signifikant höher. Im Unterschied zu vergleichbaren Gruppen von Beschäftigten machen Erwerbslose häufiger Suizidversuche. Lebenspartnerinnen und Kinder zeigen mit zeitlicher Verzögerung ähnliche psychische Reaktionen. Infektionen und chronische Erkrankungen häufen sich, und Arbeitslosigkeit erhöht das Risiko – von der Karies bis zu Aids. Arbeitslosigkeit macht krank.

Das psychische Wohl leidet aber auch bei vielen Beschäftigten. Nur 13 Prozent der Arbeitnehmenden geben in der Schweiz an, keinen beruflichen Stress zu spüren (Seco 2011). 86 Prozent berichten über Stress, der sich durch kompensatorische Tätigkeiten in der Freizeit

wieder abbauen liesse. 34 Prozent fühlen sich häufig oder sehr häufig gestresst. In den letzten Jahren haben sich offenbar auch die Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen erhöht (BSV 2011). Sie werfen die Frage nach den sozialen Bedingungen psychischer Belastungen auf. Einzelne Berichte in den Medien sprechen mögliche Zusammenhänge sehr direkt an. »Patient Seele« titelt beispielsweise ›Der Spiegel‹ (1/2012). Er verweist darauf, wie das hektische Leben am Limit gerade auch bei Ärzten und beim Pflegepersonal zunehmend zu Burnout führe. Stress mit der Arbeit erscheint als Volkskrankheit mit erheblichen psychischen Folgen. ›Das Magazin‹ (9/2012) beschreibt den »König Krebs« sogar als pathologischen Spiegel unserer eigenen Existenz. Und laut ›TagesWoche‹ (10/2012) erkrankt in der Schweiz jede fünfte Person im Lauf ihres Lebens an einer klinisch relevanten Depression. So weit einzelne Befunde. Sie weisen darauf hin, wie Arbeitsbelastungen die Gesundheit beeinträchtigen können. Diese häufen sich insbesondere bei niedrigen Einkommen und bei Arbeitslosen.

Die Depression ist seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein weit verbreitetes Symptom. Auch für die Schwierigkeit, sich selbst zu sein. Mit fehlenden Sicherheiten und dem schwindenden Einfluss bedeutender Institutionen, die – wie Familie und Schule – zentrale Normen und Werte vermitteln, ist das Individuum zum eigenen ›Meister seines Schicksals‹ geworden. Es scheint fast allein für die Erfolge in seinem Leben und auch dafür verantwortlich zu sein, ob und welche Arbeit es hat. Wer arbeitslos ist, leidet damit, obwohl strukturell bedingt, umso mehr unter der Zuschreibung, selber schuld zu sein (Mäder/Schmassmann 2012).

Die Definition psychischer Erkrankungen wie Burnout und Depression ist ein ständiger Ort von Interessenkonflikten. Im September 2008 führte das französische Meinungsforschungsinstitut IFOP bei 1'001 Mitarbeitenden und 604 Personalverantwortlichen eine interessante Umfrage durch. Die Mitarbeitenden nannten folgende Gründe für die Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit: 1. mangelnde Anerkennung, 2. die Erhöhung der Arbeitsbelastung, 3. die zunehmende bürokratische Kontrolle von Arbeit, 4. Sorgen um die berufliche Zukunft, 5. abnehmende Solidarität unter den Arbeitskollegen. Die befragten Personalverantwortlichen erwähnten hingegen ›Probleme im Privatleben‹ als wichtigsten Grund.

Der neue Geist des Kapitalismus

Eine erste Form von Prekarität entstand bereits durch die frühkapitalistische Lohnarbeit. Das wirtschaftliche System benötigte eine

subproletarische Reservearmee. Sie ermöglichte die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitnehmenden. Fachkräfte konnten sich über diese Prekarität erheben. Eine gewisse Entprekarisierung brachten die fordistische Wende und wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen. Das »Regime der organisierten Zeit« (Klaus Dörre), in dem das Leben in gewissen Grenzen planbar erschien, integrierte und disziplinierte die arbeitende Klasse. Die Vollbeschäftigung kam mit eher marginaler Prekarität aus. Der florierende Kapitalismus schien keine Reservearmee mehr zu benötigen, behandelte aber vor allem Frauen und Migrierte als »Konjunkturpuffer«. So häuften sich auch mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er und 1980er Jahre Bilder von der liebenden Mutter, die am Herd eine Suppe für ihre Kinder zubereitet. Heute ist die fordistische Gestalt mit eher marginaler Prekarität weitgehend passé. Seit den 1990er Jahren setzte sich vor allem ein finanzkapitalistisches Regime durch, das die Kapitalakkumulation mit flexiblen Produktionsmodellen forciert und bei der Produktion zeitliche Zyklen verkürzt. Klaus Dörre sieht hier eine wesentliche Ursache für eine neue Prekarisierung. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind zu Restgrößen verkommen. Sie werden flexibel an fremdbestimmte Auftragslagen angepasst. Geplante Gewinnmargen geben den Ton an. Finanzmarkt und Prekarität sind somit zwei Seiten einer Medaille. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen entspricht dieser Logik. Sie beeinflusst auch die Politik, die staatliche Verwaltungen nach dem Prinzip des New Public Management konzipiert und Marktmechanismen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen reproduziert.

Ein neuer Geist des Kapitalismus kennzeichnet das finanzgetriebene Regime. Er ideologisiert die Freiheit und forciert die Restrukturierung im Namen von Eigenverantwortung. In der Schweiz hat zwar die Mehrzahl der Beschäftigten formal geschützte Arbeitsplätze. Gleichwohl vollzieht sich ein Übergang von marginaler zu disqualifizierender und diskriminierender Prekarität. Die Prekarisierung ist je länger desto weniger eine Exklusion sozial Randständiger. Sie äussert sich vielmehr in drei Strukturformen (Dörre 2009). Am unteren Ende befinden sich erstens die Überzähligen. Dazu gehören vor allem die Arbeitslosen. Die Ausgrenzung vollzieht sich nicht aus der Gesellschaft, sondern innerhalb der Gesellschaft. Von den so beschriebenen Überzähligen lassen sich dann zweitens jene Prekarisierten unterscheiden, die als Leiharbeitende eine unsichere, niedrig entlohnte Arbeit haben. Eine versteckte Form von Prekarität existiert drittens unter formal noch sicher Beschäftigten. Sie müssen ständig fürchten, ihren Status ebenfalls zu verlieren.

Individualisierung und fragile Flexibilität

Die Individualisierung bezeichnet den Prozess, in dem sich das Individuum als Subjekt konstituiert. Dieser Prozess wird weithin mit Demokratie und Markt assoziiert. Die Individualisierung soll Individuen helfen, sich aus kollektiven Zwängen und positionalen Zuschreibungen zu befreien. Sie bringt jedoch viel Ungewissheit, Fragilität und unfreiwillige Selbstverantwortung mit sich. Die postulierte Flexibilität verlangt eine hohe Bereitschaft, sich dem Wandel der Arbeit anzupassen und ständig neue Risiken einzugehen.

Richard Sennett (1977) kritisiert, wie aus der fragilen Individualität eine »Tyrannei der Intimität« resultiert. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit und kollektive Arbeitsvereinbarungen verlieren an Bedeutung. Laut normativer Marktgläubigkeit dynamisiert die soziale Ungleichheit den Wandel der Arbeit und der Gesellschaft. Diese Konzeption banalisiert, was die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen mit sich bringt. Wer über viel Kapital verfügt, kann sich auf dem Arbeitsmarkt einfacher gelassen und flexibel verhalten. Wer keine Reserven hat, zieht sich ängstlich zurück oder flüchtet in eine wenig produktive Betriebsamkeit.

Flexibilität setzt sich als neuer ökonomischer Imperativ durch. In der Praxis weiten sich Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs aus. Dies geschieht im Rahmen »neuer unternehmerischer Freiheiten«. Das Aufweichen vertraglicher Vereinbarungen soll die Effizienz der Produktion erhöhen. Privilegierte würdigen die Flexibilität als unternehmerische Innovation und Emanzipation von bürokratischen Zwängen. Eine Flexibilisierung von Arbeit und Beschäftigung, die keiner kollektiven Steuerung unterliegt, schränkt jedoch soziale Regulationen, Sicherungen und gewerkschaftlichen Einfluss ein. Sie beeinträchtigt das psychische Wohl von Arbeitnehmenden und mitbetroffenen Familienangehörigen.

Castel (2009) bezeichnet das sukzessive Abhängen als »kollektive Entkoppelung«. Sie prägt die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Unzählige Menschen leiden an der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. Bis Mitte der 1970er Jahre profitierten viele Lohnabhängige vom sozialen Kompromiss des industriellen Kapitalismus. Seither sind die Individuen immer mehr auf sich selbst gestellt. Sie leben von der Hand in den Mund und bangen um ihre Zukunft. Die Erwerbstätigen erfahren, wie sich die Arbeitsorganisation individualisiert.

Die Arbeitnehmenden müssen sich zunehmend einem Arbeitsmarkt anpassen, der von ihnen viel Flexibilität, Mobilität und ein lebenslanges Lernen verlangt. Auch die Unternehmen sehen sich mit

einem schnell wandelnden Markt konfrontiert. Dieser erfordert, konform argumentiert, mehr Anpassungsfähigkeit, Innovation und Serviceorientierung. Sie fühlen sich deshalb immer mehr verpflichtet, Arbeitsplätze mit einem hohen Mass an Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Kreativität und Kundenorientierung anzubieten.

Die flexiblen Arbeitsmarktanforderungen führen, zusammen mit dem Individualisierungsprozess, zu folgenreichen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen. Traditionelle Sicherheiten bezüglich Arbeitsplatz, familiärer Bindung und persönlicher Identität lösen sich auf. An ihre Stelle treten neue Formen der individuellen Lebensführung, Partnerschaft und sozialen Bande. Viele Menschen erleben diese Veränderungen als Entfremdung und Entwurzelung. Sie sehen sich gezwungen, mehr Risiken einzugehen, den Arbeitsplatz und den Wohnort häufiger zu wechseln und sich ständig weiter zu qualifizieren. Die neuen Anforderungen der Erwerbsarbeit und Mobilität sind oft schwierig mit dem privaten Leben vereinbar. Sie bringen auch mehr Arbeitslosigkeit mit sich.

Neue Widerständigkeit

Viele sozial Benachteiligte fühlen sich relativ stark für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Sie erwecken nach aussen den Anschein, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Etliche Anzeichen weisen jedoch darauf hin, dass sich resignative Haltungen teilweise in Empörung verwandeln (Kutzner 2004/2009). Das mag mit Informationen über abgehobene Managerlöhne und persönlichen Erfahrungen mit der Erwerbsarbeit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Working Poor, die immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Und bei den Vermögern verhält es sich noch viel krasser. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügen in der Schweiz über mehr Nettovermögen als der grosse Rest (Mäder et al. 2010).

Die Wut über soziale Gegensätze wirkt sich offenbar recht unterschiedlich aus. Sie fördert zum einen die Bereitschaft, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen; zum andern erhöht sie auch die Gefahr, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben. Das ist gefährlich und ein weiteres Argument dafür, Arbeit und Erlös gerechter zu verteilen. Zudem gilt es, die soziale Sicherung und demokratische Teilhabe auszuweiten.

Quellen

- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2012. EDI, Bern 2012.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV): IV-Statistik 2010. EDI, Bern 2011.
- Bundesamt für Statistik (BFS): Erwerbslosenquote (gemäss ILO) und Unterbeschäftigung gemäss SAKE. EDI, Bern 2013.
- Bundesamt für Statistik (BFS): Regionale Disparitäten in der Schweiz. EDI, Neuenburg 2012.
- Castel, Robert; Klaus Dörre (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Campus, Frankfurt/New York 2009.
- Dörre, Klaus: Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Castel, Robert; Klaus Dörre (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Campus, Frankfurt/New York 2009, S. 35–64.
- Ehrenberg, Alain: *La fatigue d'être soi: dépression et société*. Odile Jacob, Paris 1998.
- Huonker, Thomas (2012): Arbeitsbedingungen. Immer mehr Menschen arbeiten in prekären Verhältnissen. Erschienen in *Panorama*, Ausgabe 3/2012.
- Kutzner, Stefan; Ueli Mäder; Carlo Knöpfel: *Working poor in der Schweiz – Wege aus der Abhängigkeit*. Rüegger, Zürich 2004.
- Kutzner, Stefan; Ueli Mäder; Carlo Knöpfel; Claudia Heinzmann; Daniel Pakoci: *Sozialhilfe in der Schweiz*. Rüegger, Zürich 2009.
- Lampart, Daniel (2011a): Kein Dumping durch Temporäranstellungen! Gleiche Arbeitsbedingungen auch bei Temporäranstellung. SGB, 04.07.2011.
- Lampart, Daniel; Daniel Gallusser (2011b): Verteilungsbericht. Dossier Nr. 77, SGB, Bern.
- Mäder, Ueli; Ganga Jey Aratnam; Sarah Schilliger: *Wie Reiche denken und lenken*. Rotpunktverlag, Zürich 2010.
- Mäder, Ueli; Hector Schmassmann: Soziale Bedingungen psychischer Belastungen: Flexibilität, Individualität und Prekarität. *Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie*, 2012; 5: 187–191.
- Paugam, Serge: *Le salarié de la précarité. Les nouvelles formes de l'intégration professionnelle*. PUF, Paris 2000.
- SECO (Hrsg.): *Stressstudie 2010. Stress bei Schweizer Erwerbstätigen*. Bern, 2011.
- Sennett, Richard: *The corrosion of character. The personal consequences of work in the new capitalism*. W.W. Norton, New York 1998.
- Streckeisen, Peter (2012): Steigende Erwerbslosigkeit und Prekarität in der Schweiz. Das Ende eines ›Sonderfalls‹. In: Karin Scherschel et al. (Hg.): *Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2012, S. 47–74.